

LinksBlick



Kreisverband und Kreistagsfraktion DIE LINKE. Teltow-Fläming

Kreisparteitag

Im Rahmen der bundesweiten Programmdebatte der Linkspartei trafen sich die Delegierten der zweiten Tagung des zweiten Kreisparteitages DIE LINKE. Teltow-Fläming am 27. November 2010 in der Kulturscheune Thyrow.

Der Bürgermeister der Stadt Trebbin, Herr Thomas Berger, wies in seinem Grußwort auf die gute regionale Zusammenarbeit zwischen den Fraktionen der verschiedenen Parteien hin, begrüßte den offenen Umgang miteinander und die sachorientierte Debatte.

Unsere Kreisvorsitzende, Kornelia Wehlan, analysierte in ihrem Referat ein Jahr Kooperation im Kreistag Teltow-Fläming. Sie bewertete sie als stabil, Probleme werden oft im Vorfeld von Kreistagssitzungen beraten. Dass diese Arbeit von den Bürgern anerkannt wird, zeigen die zustimmenden Umfragewerte auf Landesebene.

Genossin Wehlan setzte vier Hauptschwerpunkte. Erstens muss gute Arbeit, von der man leben kann, Priorität haben. Die gegenwärtige Kürzung der Bundesmittel durch Schwarz-Gelb ist daher kontraproduktiv für das Beschäftigungsprogramm des Landes Brandenburg, auch im Kreis Teltow-Fläming.

Die Schadenfreude der CDU über diese Entwicklung, die Altersarmut, Niedriglohn- und „Bleib-arbeitslos-Strategie“ bedeutet, ist eigentlich deren eigener Parteipolitik geschuldet.

Zweitens profitiert auch der Kreis Teltow-Fläming von den im Land Brandenburg beschlossenen Bildungsangeboten, u.a. von den 400 neu eingestellten Lehrern (weitere 50 folgen), den 800 Referendarstellen 2010/11 sowie von den 1.000 Stellen für Kita-Erzieher. Den Schulsozialfonds nutzen 2010 1.267 Kinder einkommenschwacher Eltern in unserem Kreis, 77 Schüler der 11. Klassen haben das Schüler-Bafög beantragt. Auch das ungelöste Problem der Kita-Verträge wurde angesprochen.

Drittens will DIE LINKE in der Kooperation eine Finanzpolitik mit sozialem Augenmaß. Das ist harte Arbeit, da aus der Vergangenheit einige „ungedruckte Schecks“ existieren, Kreis-Haus-Leasing, B 101 ...belasten den Haushalt.

Viertens gibt es mit den LINKEN in der Kooperation eine neue Transparenz und Öffentlichkeit, d.h. Mitsprache- und Mitwirkungsmöglichkeiten für Bürger, auch wenn die MAZ vom „Maulkorb“ für die Abgeordneten berichtet hat.

Fortsetzung auf Seite 2

Teltow-Fläming im Bild

Jede Ausgabe unserer Zeitung hat ein neues Bild aus Teltow-Fläming. Wer erkennt den Ort der Aufnahme?



Auflösung des Bilderrätsels der letzten Ausgabe

Seite 4

Zitiert ...

Nur wenn die Sieger Tempel und Götter der Besiegten achten, dann vielleicht erliegen sie nicht dem eigenen Sieg.

Aischylos, 500 v.u.Z.

DIE LINKE.

Fortsetzung von Seite 1

Die Beteiligungsrichtlinie des Kreises für kreisliche Gesellschaften öffnet den Blick in die Problematik. Der Öffentlichkeit nützen auch die Internetseiten von Kreisvorstand und Kreistagsfraktion der LINKEN, die ca. 1.000 Zugriffe pro Monat registrieren. Das zeigt das große Interesse an unserer Arbeit.

Die Diskussion zum Referat wurde sehr kritisch geführt; so kam der Vorwurf, DIE LINKE habe sich mit Hartz IV abgefunden. Kirsten Gurske sieht als linke Erste Beigeordnete des Landrats u.a. ihre Aufgabe darin, oft schlimmere Auswirkungen im sozialen Bereich zu verhindern.

Die anderen drei Impulsreferate dienten als Anregung für die Diskussion unseres Programm-Entwurfs.

So referierte Helge Meves, Mitbegründer der WASG, über „Sozialismus, Demokratie und Freiheit - Die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Alternative“, Stefan Ludwig, Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Linksfraktion im Landtag Brandenburg, über „Regierungsbeteiligung der LINKEN in Brandenburg - Linkes Reformprojekt für einen Politikwechsel?“ und Dr. Hans Thie, Referent für Wirtschaftspolitik der Bundestagsfraktion DIE LINKE, über „Rekommunalisierung - Für starke Kommunen mit leistungsfähigen Betrieben in öffentlicher Hand“.

Aus den Referaten ergaben sich zum Teil lebhaft Diskussionen, Anfragen die das große Interesse der Delegierten und Gäste bewiesen.

Informationen und Bilder vom Kreisparteitag sowie die Referate sind zu finden auf unserer Internetseite

www.dielinke-teltow-flaeming.de

Besonders praxisbezogen erläuterte Stefan Ludwig, wo in der Koalitionsvereinbarung die linke Handschrift erkennbar ist. Immer muss die Frage beantwortet werden: Wo und wie zwingen wir herrschende Politik?

Linke Positionen sind sowohl im Neueinstieg im öffentlichen Dienst als auch bei der öffentlichen Daseinsvorsorge zu finden, bei der Lösung von Finanzfragen durch sinkende Gelder aus dem Länderfinanzausgleich.

Der Schwerpunkt Öffentlicher Beschäftigungssektor hat durch uns ein anderes Gewicht erhalten. Auch die Priorität erneuerbarer Energien, in denen Brandenburg bundesweit führt, sowie die Stärkung von Bürgerrechten (im Datenschutz, in der freien Bewegung von Asylbewerbern in Berlin und Brandenburg) gehören dazu.

Positiv schätzt Stefan Ludwig ein, dass seit Frühjahr 2010 kein Brandenburger Polizist nach Afghanistan geschickt worden ist, weil Polizisten nichts in einem Krieg zu suchen haben.

Der Parteitag bewies, dass im Kreis Teltow-Fläming die Programm-Debatte ernst genommen wird, schließlich soll Ende 2011 das neue Parteiprogramm auf einem Bundesparteitag beschlossen werden, auch mit Gedanken aus Teltow-Fläming.

Der Ortsvorsteherin, Frau Gertrud Klatt, danken wir dafür, dass sie uns optimale Bedingungen in der Kulturscheune in Thyrow geboten hat. <

*Ingrid Köbke,
Nuthe-Urstromtal*

DIE LINKE.

Bürgerwille? - Nichts wert!

Die Linksfraktion im Bundestag hatte die kostenlose Übergabe der ehemals volkseigenen ostdeutschen Seen an die Länder und Kommunen beantragt. Nur 66 Ja-Stimmen der LINKEN Abgeordneten befürworteten den auf einer Unterschriftensammlung beruhenden Antrag.

Zehntausende Bürger hatten das von Carsten Preuß, Fraktionsvorsitzender SPD/DIE LINKE/VUB in der SVV Zossen, initiierte Anliegen unterschrieben.

Im Bundestag stimmten 237 CDU/CSU -, FDP - und SPD-Abgeordnete dagegen, die 61 Grünen enthielten sich der Stimme. Auch Dr. Peter Dankert und Andrea Wicklein stimmten dagegen.

Wer vertritt hier Volkes Willen?

Ingrid Köbke, Nuthe-Urstromtal



DIE TOTEN MAHNEN UNS

„Sozialismus oder Untergang in der Barbarei“
...warnte Rosa Luxemburg am 16.12.1918 in „Die Rote Fahne“.
Am 15. Januar 1919 wurden sie und Karl Liebknecht von den Feinden der Novemberrevolution heimtückisch ermordet.
Am 09. Januar 2011 gedenken wir ihrer und aller Opfer der Barbarei in Berlin-Friedrichsfelde.

„Trotz alledem!“

Neues aus der Stadtverordnetenversammlung

Selbst ist die Stadt - Die Stadtverordneten stehen hinter ihren Jugendlichen

Dicht gedrängt haben Jugendliche des ASB-Freizeitzentrums „Gleis 1“ während der Stadtverordnetenversammlung auf den Besucherstühlen Platz genommen. Für den Klub geht es ans Eingemachte.

Der Landkreis Teltow-Fläming fährt seine Förderung für die Jugendarbeit im Dahmer Land zurück. Wenn die Stadt nicht hilft, droht dem „Gleis 1“ ein Rückgang der Angebotspalette. Die Stadtverordneten beschließen, einen Teil des Finanzlochs aus der eigenen Kasse zu stopfen.

Wurden bislang für das Freizeitzentrum und die Schulsozialarbeit 1,75 Personalstellen vom Kreis gefördert, so sind es ab 2011 nur noch 1,25. Das entspricht zusammen 50 Wochenstunden für die Sozialarbeit an der Otto-Unverdorben-Oberschule und dem Freizeitzentrum „Gleis 1“.

An 30 Stunden für die Oberschule

wollten die Abgeordneten nicht rütteln. Schon jetzt finanziert das Amt Dahme als Schulträger vier Stunden wöchentlich zusätzlich, so dass die Sozialarbeit bereits an der Grundschule beginnen kann und insgesamt 34 Wochenstunden abgesichert sind.

Für das Freizeitzentrum „Gleis 1“ würden damit statt 40 nur noch 20 Stunden in der Woche übrig bleiben. Dabei ist der Klubchef nicht nur für die Stadtjugend zuständig, sondern auch für die Koordination der Arbeit im Dahmer Land.

Bürgermeister Thomas Willweber (Freie Wähler) macht seinem Ärger über die Politik Luft. Im Jahr 1998 seien noch zwei Vollzeitstellen gefördert worden. „Wer an der Jugendarbeit spart, setzt ein falsches Zeichen“, sagt er. Die Stadtverordneten lassen diesem Wort Taten folgen. Zehn Wochenstunden im Klub wird die Stadt künftig aus ihrem Haushalt bezahlen. Zudem ist die Kommune an den geförderten Stunden mit gut einem Drittel beteiligt.

Dahme/Mark



Durch Jörg Bächmann (Die Linke) wurde weiterhin der Antrag gestellt zu prüfen, inwieweit auch eine Unterstützung durch den Amtshaushalt möglich ist – so dass dann wieder eine volle Stelle zur Verfügung stehen würde. Sicher sind auch hier die Gemeinden gefragt, die entsprechenden Vorgespräche haben zwischenzeitlich stattgefunden – aber eine Entscheidung konnte noch nicht getroffen werden.

Heike Kühne, Stadtverordnete der Fraktion DIE LINKE. Dahme und Mitglied der Kreistagsfraktion DIE LINKE. Teltow-Fläming

Diestel zum Zweiten von Renate Klettke

Das Titelbild regte mich nicht gerade zum Kauf des Buches „Aus dem Tagebuch eines Taugenichts?“ an. Diestel posierte wie Talleyrand. Und das Fragezeichen hinter dem Titel der bekannten Eichendorff-Erzählung? Koketterie.

Von einem Taugenichts kann nach dem Lesen der 340 Seiten nicht die Rede sein. Nun mag in einer Biographie einiges geschönt sein. Aber das, was über Diestel ausgesagt wird, vieles von seinem Verhalten als Innenminister nötigt mir Hochachtung ab. So z.B. wenn er auf das Dach eines Zuchthauses klettert und mit den Rädelsführern einer Gefangenenevolute verhandelt. Ein Zeitzeuge sagt: „Der war sich für nichts zu schade. Einen so verrückten Generalsekretär einer Partei habe ich noch nicht erlebt.“

Diestel erwies sich aber auch als geschickter Taktiker. Als Innenminister mit der Abwicklung von Stasi und Polizei beauftragt, entließ er ehemalige Verant-

wortungsträger nicht, sondern nutzte deren Erfahrungen und Sachkenntnisse für seine Zwecke. (Wie viel an Wissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten wurden durch die Abwicklungen ungenutzt einfach weggeworfen!)

Diestels Einstellung zu den „Unterlegenen“ wird am Beispiel des Generalleutnants Ahrendt deutlich. Ahrendt dankte seine politische und berufliche Karriere der DDR. Diestel erzählt: „Das spätere Schicksal Ahrendts hat mich sehr bewegt. Er fuhr nach der Wende in einem Kleintransporter Essen für die Volkssolidarität aus. So geht dieses Land mit den Unterlegenen um!“

Den Abscheu gegen Ulrich Mühe und den Film „Das Leben der Anderen“ teilt er mit mir. Ebenso das Unverständnis für die Ausgrenzung von DDR-Künstlern in der Ausstellung „60 Jahre – 60 Werke“. Anrührend die Schilderung des Besuches bei dem Ehepaar Honecker in Beelitz.

Lesenswert sind auch die Schwierigkeiten bei der Abwicklung der Stasi. Welch ein Sumpf tut sich da auf! Die Westmächte hatten tunlichst alles Material, das ihnen gefährlich werden könnte, vernichtet oder verschwinden lassen.

Noch ein Wort zur Toleranz, um die ich mich, oftmals vergeblich, bemühe. Diestel nennt Kohl, Schäuble, Stoiber, aber auch Gysi und Bisky seine Freunde. Er spricht mit großer Hochachtung von ihnen.

Große politische Differenzen will ich nicht überbrücken. So könnte bei allem Respekt Diestel nie mein Freund sein (was er sicher auch nicht wollte), weil er von einer „innerdeutschen Grenze“, „Krallen des Kommunismus“, von der „furchtbaren Mauer“ spricht.

Ein ehemaliger DSU-Generalsekretär und ein jahrzehntelanges Mitglied einer Linkspartei passen eben nicht zueinander. Gut so!

Lesenswert ist das Buch allemal! <

Linke Politik im Landtag

Aktive Politik gegen Arbeitslosigkeit bleibt unverzichtbar

Die Bundesregierung will für Leiharbeit nun unter dem Druck der bevorstehenden Arbeitnehmerfreizügigkeit endlich einen Mindestlohn. Ihre Vorschläge kommen aber nicht nur zu spät, sie sind auch völlig unzureichend. Frau von der Leyen will lediglich einen Mindestlohn für die Zeitarbeitsbranche einführen. Nötig wäre aber endlich die Durchsetzung des Prinzips „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Wie in Frankreich sollten Leiharbeiter darüber hinaus einen Zuschlag für ihre Flexibilität erhalten. Von dieser europäischen Normalität ist Deutschland meilenweit entfernt.

DIE LINKE setzt auch weiterhin auf öffentlich geförderte Beschäftigung. Sie ist vor allem für diejenigen unverzichtbar, die auch bei einer relativ guten Arbeitsmarktsituation schlechte Beschäftigungschancen haben. Auch eine Arbeitslosenquote von 10% oder weniger ist eben keine Vollbeschäftigung. Am Programm „Arbeit für Brandenburg“ wird seitens der rot-roten Koalition festgehalten, auch deshalb, weil wir endlich eine Alternative zu Ein-Euro-Jobs brauchen. Wie viele Langzeitarbeitslose über „Arbeit für Brandenburg“ eine sinnvolle und Existenz sichernde Beschäftigung finden werden, hängt allein von der Bundesregierung ab. <

Leitstern demokratischer linker Politik

Am 2. Dezember vor zehn Jahren verstarb der brandenburgische Spitzenpolitiker und programmatische Kopf der PDS, Prof. Dr. Michael Schumann. Seine politischen und intellektuellen Leistungen sind auch zehn Jahre nach seinem tragischen Tod lebendig und wirksam – für Brandenburg wie für die Linken in Deutschland.

Mit seinem Namen ist seit dem Außerordentlichen Parteitag vom Dezember 1989 der Aufbruch vieler Menschen aus der DDR-Staatspartei SED zur Partei des demokratischen Sozialismus verbunden. Michael Schumann hielt damals das Schlüsselreferat zum Bruch mit dem Stalinismus in der DDR – und setzte die gesamte ihm verbliebene Zeit für eine starke demokratische Linke ein. Eine solche Partei war für ihn – in konsequenter Abkehr von parteikommunistischer Hybris – nie Selbstzweck. Er sah sie als unabdingbare Voraussetzung für einen erfolgreichen gesellschaftlichen Transformationsprozess in Richtung mehr Demokratie, mehr Rechtsstaat, mehr soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit.

Auch Avantgarde-Vorstellungen waren dem PDS-Politiker Michael Schumann fremd. Er setzte sich dafür



ein, dass seine linke Partei im demokratischen Wettbewerb besteht, dass sie kooperationsfähig und gestaltungsmächtig wird. Gemeinsam mit seinen Weggefährten hat er als Landtagsabgeordneter auf diese Weise die politische Kultur des Landes Brandenburg maßgeblich geprägt und auf seine Weise mit zur Herausbildung einer spezifischen brandenburgischen Identität beigetragen.

Michael Schumann ist damit auch einer der Wegbereiter der rot-roten Regierungskoalition in diesem Land. Wir fühlen uns seinem gesamten politischen und programmatischen Vermächtnis innig verbunden, es ist uns Leitstern in unserer praktischen Politik im Land wie im Bund. <

Kornelia Wehlan, MdL
Wahlkreisbüro Luckenwalde
Zinnaer Straße 36
03371-406544
buerolukwehlan@aol.com
www.konni-wehlan.de

Auflösung Bilderrätsel



Zu sehen ist hier ein Teil der Kreisverwaltung Teltow-Fläming.

Bei der Namensgebung unseres Landkreises lehnte man sich an vorhandene Landschaftsbezeichnungen an: die eiszeitlich entstan-

dene Teltower Platte im Norden und der Niedere Fläming im Süden.

Unsere Region weist eine lange und wechselvolle Geschichte auf, die noch heute das Bild vieler Städte und Dörfer prägt. Seit der Völkerwanderungszeit von Slawen bewohnt, wurden im Mittelalter Siedler aus Gebieten westlich von Elbe und Saale sesshaft. Darunter sollen sich auch Flamen befunden haben. Das heutige Landkreisgebiet lag im Spannungsfeld der Interessen der askanischen Markgrafen von Brandenburg,

der wettinischen Markgrafen von Meißen und der Erzbischöfe von Magdeburg, sowie einiger kleinerer Territorialherren.

Die Askanier erlangten und sicherten die Herrschaft auf dem Teltow, der 1232 als territoriale Einheit erstmals urkundlich erwähnt wurde. Das Gebiet um Jüterbog und Luckenwalde war zunächst in magdeburgischem Besitz, und die Herrschaft Zossen zählte als böhmisches Lehen im Mittelalter zur Lausitz. <

DIE LINKE im Kreistag Teltow-Fläming

Am 1. November kam der Kreistag Teltow-Fläming zu seiner 12. Ordentlichen Sitzung zusammen. Eine umfangreiche Tagesordnung beinhaltete mehrere Anfragen, Anträge und auch Informationen der Verwaltung. Beginnend mit der Einwohnerfragestunde konnte man zufrieden feststellen, dass sich entgegen den letzten Kreistagssitzungen diesmal gleich drei Fragesteller zu Wort meldeten.

Zum einen ging es um die Flugroutenproblematik am BBI, zum anderen spielte die in der letzten Sitzung beschlossene Beteiligungsrichtlinie (Stichwort „Maulkorb für die Abgeordneten“) eine Rolle. Beide Sachverhalte wurden später in der Tagesordnung weiter thematisiert. Bezüglich der Bürgeranfrage zur Beteiligungsrichtlinie meldete sich unsere Fraktionsvorsitzende, Kornelia Wehlan, zu Wort und reflektierte nochmals die doch mehr als etwas merkwürdig anmutende und vor allem einseitige Berichterstattung zu dem Thema in der „Märkischen Allgemeinen Zeitung“.

Die Anträge der Kooperation im Kreistag in dieser Sitzung umfassten einen Preis für Zivilcourage und die oben bereits erwähnte Problematik der Flugrouten am BBI. Mit dem Preis für Zivilcourage will der Landkreis nach dem Willen der Kooperation Bürgerinnen und Bürger ehren, die sich besonders couragiert verhalten und mit persönlichem Einsatz für andere Menschen eingesetzt haben, die sich in Gefahr befanden oder denen Unrecht geschah. Vorschlagsberechtigt ist jedermann, zu richten sind die Vorschläge an den Landrat. Dieser wiederum legt dem Kreisausschuss zur Beschlussfassung die Kandidatenliste vor.

Der Antrag fand bei einer Enthaltung die Zustimmung des Plenums. Kontroverser ging es dann jedoch beim Antrag zu den Flugrouten am BBI zu. Wieder einmal bis zur sprich-

wörtlich letzten Minute hat die CDU sich mit einem Änderungsantrag hervorgetan. Mit dem guten Willen der Kooperation zur sachgerechten Zusammenarbeit übernahm man auch etliche Punkte der CDU in den eigenen Antrag, jedoch waren einige Forderungen einfach nicht sachdienlich bzw. falsch.

Trotz dieses Hinweises durch Kornelia Wehlan beharrte die bürgerliche Fraktion auf ihren Forderungen. Die Vorsitzenden der Kooperationsfraktionen begaben sich also nicht nur einmal zu den Plätzen der CDU, um für einen Konsens zu sorgen, da man in der Sitzung um einen gemeinsamen Beschlusstext und somit fraktionsübergreifenden Antrag bemüht war – zum Wohle der Bürger. Hier fragte ich mich dann doch zwischenzeitlich ein paar Mal, ob sich die CDU, besonders Herr Eichelbaum, an unserer Stelle um die LINKE genauso intensiv bemüht hätte.

Nun ja – wir sind da etwas offener und lehnen Dinge nicht von vornherein dogmenbedingt ab. Letztendlich wurde der Antrag bei zwei Enthaltungen mit überwältigender Mehrheit durch den Kreistag beschlossen. Einen Erfolg verzeichnete auch unsere stellvertretende Landrätin und erste Beigeordnete, Kirsten Gurske. Ihr Punkt auf der Tagesordnung war die Weiterentwicklung der Grundversicherung für Arbeitssuchende. Es war sowohl die Variante Optionskommune als auch Weiterführung bzw. Weiterentwicklung des bisherigen Modells im Gespräch. Monatelang hat sich damit die Verwaltung beschäftigt, die Fachausschüsse waren eingebunden, Kirsten Gurske suchte auch das Gespräch mit verschiedenen Fraktionen. Der CDU reichte dies nicht. Sie wollte in einem Antrag das Thema nochmals vertagen und weitere Diskussionen führen.

Wo waren die CDUler in den letz-



Von Felix Thier

ten Monaten eigentlich? Zum Jahreswechsel muss die Thematik unter Dach und Fach sein. Der Antrag der Verwaltung wurde schließlich mit deutlicher Mehrheit angenommen und die Arbeitssuchenden werden nun in einer sogenannten gemeinsamen Einrichtung (gE) betreut.

Unterschiedliche Rechtsauffassungen zwischen Innenministerium und dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg machten dies erforderlich. Schließlich wurde auch die ebenfalls schon oben erwähnte Beteiligungsrichtlinie des Landkreises geändert unterzogen und so den kontroversen Ansichten hierzu Rechnung getragen.

Letzter Punkt in der öffentlichen Sitzung war dann noch die Zielvereinbarung des Landkreises mit der SWFG mbH 2011-2013. Jedoch spielte der gesamte Komplex auch im nichtöffentlichen Teil eine große Rolle. Geschlossen wurde die Sitzung nach 22.00 Uhr – man sieht also: Der Kreistag ist nicht nur ein „Feierabendparlament“. <

Mitglieder der Fraktion DIE LINKE im Kreistag Teltow-Fläming:

Die beiden Vorsitzenden Hans-Jürgen Akuloff und Kornelia Wehlan, Maritta Böttcher, Dirk Hohlfeld, Peter Dunkel, Dr. Rudolf Haase, Klaus Hubrig, Heike Kühne, Dr. Irene Pacholik, Helmut Scheibe, Dr. Rainer Reinecke, Roland Scharp, Dr. Günter Stinal, Felix Thier. Sachkundige Einwohner sind Peter Wetzel, Rainer Höhn und Hartmut Rex.

Notizen aus dem Karl-Liebke-Haus

von Maritta Böttcher

Verfehlte Krisenpolitik der EU

Die Ackermänner dieser Republik können zufrieden sein. Irland wird jetzt doch unter den EU-Rettungsschirm kriechen. Damit werden den maroden irischen Banken weitere zig Milliarden in den Rachen geworfen. Deutsche Banken haben rund 100 Milliarden Euro an Irland verliehen, davon 38 Milliarden an irische Banken, 60 Milliarden an Unternehmen und gerade einmal zwei Milliarden an den irischen Staat.

Mit EU-Geldern für Irland wird die Geldanlage in ganz Europa wieder sicherer. Das ist gut für die Geschäfte der Zockerbanken. Und mit der Beschaffung der Gelder für den EU-Hilfsfonds können Banker auch trefflich Geld verdienen.

Obwohl Irland 2006 noch einen ausgeglichenen Staatshaushalt hatte, schießt jetzt das Defizit auf 32 Prozent des Bruttoinlandsproduktes! Der Schuldenstand - vor wenigen Jahren 25 Prozent - beträgt dieses Jahr fast 110 Prozent. Ein gigantischer ökonomischer Absturz!

Die EU zwingt Irland jetzt einen massiv verschärften Kürzungskurs auf. Da passt schon Schäuble auf! Jetzt soll bei den Kindern, beim Arbeitslosengeld, bei den Renten zusätzlich „gespart“ werden. Die Gehälter im öffentlichen Dienst wurden bereits um 15 Prozent gekürzt.

Hingegen wird das irische Steuereindumping weiterhin toleriert. Die Irland aufgezwungene Hilfe ist wie ein Rettungsring aus Blei. So wird das Land erst richtig nach unten gezogen. Das Beispiel Griechenlands zeigt, wohin solche Rettungsringe führen: Dieses Jahr geht es dort mit fast fünf Prozent in den Keller.

Die EZB muss endlich Direktkredite vergeben, damit die Subventionierung von Bankenprofiteuren durch EZB-Gelder aufhört. Darüber hinaus

zeigt sich, dass das Herumdoktern an Einzelsymptomen das Grundproblem der Finanzkrise nicht löst. Es ist deshalb höchste Zeit, endlich über eine Gesamtentschuldung im Euroraum nachzudenken.

Die EU darf nicht Bankenrettungsverein sein, sondern muss Politik im Interesse der in Europa lebenden Menschen machen.

Terrorgefahr

Seit der vergangenen Woche hören wir ständig Warnungen. Letztes Wochenende wurde uns der Hinweis gegeben, dass das Reichstagsgebäude besonders gefährdet sei. Wie wird darauf reagiert? Reflexartig fordern CDU und SPD, in Erinnerung an die Große Koalition, schärfere Gesetze und Vorratsdatenspeicherung, obwohl dies vom Urteil des Bundesverfassungsgerichtes von diesem Jahr nicht gedeckt ist.

Der weltweite Einsatz, insbesondere der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan, hat nicht dazu beigetragen, die Terrorgefahr zu minimieren.



Mit der neuen NATO-Strategie ist z.B. der Aufbau eines Raketenabwehrschirms verbunden, der mindestens 120 Mrd. Euro kostet - Pakete, die per Post geschickt werden, können damit nicht abgefangen werden. Die Bevölkerung wird verunsichert.

Ich glaube, so manchem kommt eine Warnung, die so unpräzise ist, gerade recht, um alle möglichen Forderungen, die man in den letzten Jahren nicht stellen konnte, wieder zu erheben. Insbesondere Vertreter von CDU/CSU fordern schärfere Gesetze. Allerdings hat sich die SPD in bestimmten Fällen dem auch angeschlossen, was nicht zu akzeptieren ist. <

Der Schoß ist fruchtbar noch ...

Das Treffen von Neonazis auf dem Soldatenfriedhof Neues Lager zeigt deutlich, wie wichtig die Arbeit des Bündnisses gegen rechte Gesinnung und jegliche Gewalt ist.

Eine Reihe von Veranstaltungen, auch zur Aufklärung, hat gezeigt, dass dieses Gedankengut mitten unter uns ist. Deshalb machen wir verstärkt weiter. Damit ist leider ein weiteres Mal widerlegt worden, dass Jüterbog kein „rechtes“ Problem hätte.

Wir müssen dafür sorgen, dass den Nazis kein öffentlicher Raum zur Verfügung stehen wird. Wir werden beweisen, dass ihr Terror uns nicht einschüchtert, sondern

solidarisch zusammenführt - in der gemeinsamen Auseinandersetzung für eine lebenswerte Region ohne Ausgrenzung, Rassismus und Antisemitismus.

Eine Nacht-und-Nebelaktion wie die am Wochenende zeigt uns, wie wichtig es ist, wachsam zu sein. Der Totensonntag darf niemals zum „Heldengedenken“ der Neonazis werden!

Der Nachbar, der diesen Spuk der Polizei meldete, hat zumindest dafür gesorgt, dass noch die Personalien von 67 Rechtsextremen festgestellt werden konnten. Wir bleiben dabei: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

DIE LINKE.RV TF Süd
Maritta Böttcher

Programmkonvent in Hannover

Ein Bericht von Christa Schubert

Am Sonntag, dem 07. November 2010, fand im Hannover Congress Centrum ein Programmkonvent der Partei DIE LINKE statt. Über 600 Genossinnen und Genossen nahmen die Gelegenheit wahr, zu den verschiedenen Programm-Schwerpunkten unterschiedliche Meinungen zu hören bzw. mitzudiskutieren.

Unsere Parteivorsitzende, Gesine Löttsch, warnte in ihrer Rede davor, sich gegenseitig mit Theoriegebäuden zu erschlagen. Es gehe vielmehr darum, „möglichst viele Menschen für unsere Vorstellungen von einer anderen Gesellschaft zu begeistern“. Auch Klaus Ernst, Vorsitzender der Partei, sah das ähnlich: Es gehe um ganz konkrete Interessen der Menschen. Beide riefen noch einmal zu einem kulturvollen Umgang miteinander auf.

Diesen konnten die Diskutanten der anschließenden Podiumsdiskussion vorführen: Matthias Höhn und Sahra Wagenknecht stritten über die Eigentumsfrage. Während der eine dafür eintrat, dass Schlüsselbereiche nicht in privater Hand sein dürfen, fragte die andere, was denn den Unterschied zwischen privaten und staatlichen Unternehmen ausmacht?

Katja Kipping und Ralf Krämer waren die Kontrahenten bei dem Thema „bedingungsloses Grundeinkommen“. Genn. Kipping ist der Meinung, dass das Recht auf Arbeit nicht zu einem Zwang zur Arbeit werden dürfe. Der Gewerkschafter Ralf Krämer widersprach, indem er fragte, wer denn den Staat am Laufen halten sollte, wenn jeder nur macht, was er will, oder auch gar nichts macht?

Um diese und viele weitere Themen zu vertiefen, ging die Diskussion nun in acht verschiedenen Foren weiter. Ich nahm am Forum 3 „Demokratischer Sozialismus im 21. Jahrhundert: Eigentumsordnung und Wirtschaftsdemokratie“ teil. Als Impulsgeber fungierten Elmar Altvater und Horst Schmitthenner (ehem. Mitglieder der Programmkommission) sowie Klaus Lederer (LV Berlin). Die Moderation übernahm Heinz Bierbaum (stellv. Parteivors.). Hier sollen nur einige Thesen genannt werden:

Eigentum bewirkt Nichteigentum, Eigentum ermöglicht Aneignung, Aneignung ermöglicht Ausbeutung, Geld heißt Macht, Macht heißt Einfluss auf die Politik, Staatseigentum ist systemrelevant



Es folgte eine angeregte Diskussion. Der Brandenburger Enno Rosenthal warb z. B. für privates Eigentum auch an Produktionsmitteln in der Landwirtschaft, bei Gewerbetreibenden, privaten Einzelhändlern, Künstlern usw. Sahra Wagenknecht und andere warnten davor, öffentliches Eigentum generell als besser gegenüber privat-kapitalistischem Eigentum anzusehen, da auch dieses profitorientiert arbeiten muss. Es müssen entsprechende Regelungen geschaffen werden.

Nicht alle Wortbeiträge fanden die Zustimmung der Zuhörer und eine Reihe von Wortmeldungen konnten aus Zeitgründen nicht berücksichtigt werden.

Den Abschluss der Veranstaltung bildeten die Reden der ehemaligen Parteivorsitzenden Lothar Bisky und Oskar Lafontaine, die als „Väter des Programmentwurfs“ gelten.

Videos der Reden sind unter www.youtube.com/dielinke abrufbar. Ergebnisse des Programmkonvents unter www.dielinke.de/programmkonvent. <

Glückwünsche für einen „Exoten“

Seit fast zwanzig Jahren ist der Minibuch-Stand zu Gast auf dem Familienfest der PDS/LINKEN am 1. Mai. Im November feierte Falk Thielicke das 20-jährige Geschäftsjubiläum seines Minibuchladens im Berliner Nikolaiviertel. Mit Miniblüten-Anthurie und Glückwunschkarte folgten wir seiner Einladung, gratulierten herzlichst und bedankten uns für die dauerhafte Unterstützung am 1. Mai.

Wir staunten nicht wenig, wie viele Leser sich für Minibücher inter-

essieren. Wir erfuhren, dass Familie Thielicke der einzige Minibuchladen Europas ist, weltweit gibt es nur drei. Neu für uns war auch, dass es Sammler dieser kleinen Exemplare gibt, die sich sogar in Vereinen zusammenschlossen haben. Neben Tauschbörsen und Signierstunden verdeutlichten einige Schautafeln die Geschichte des Minibuches, die mit Mini-Tontafeln der alten Phönizier beginnt und besonders seit der Erfindung des Buchdrucks durch Gutenberg einen

Aufschwung erlebt hat. Vielleicht entdeckt mancher LinksBlick-Leser bei einem Berlinbesuch diesen Minibuchladen an der Nikolaikirche. Der Verlag für die Frau Leipzig als Herausgeber vielseitiger Minibücher bietet für den Geschenkekauf eine gute Gewähr.

**DIE LINKE Teltow-Fläming
gratuliert herzlich zum
Geschäftsjubiläum und hofft
auf weitere gute Zusammenarbeit.**

Ingrid & Ralf Köbke, Nuthe-Urstromtal

EINE VON UNS

Im Gespräch mit Marianne Richter

Marinne: Wer dich kennt, weiß dass Du eine lebhafteste, aufgeschlossene, redegewandte Genossin bist. Liegt das in Deiner Biografie begründet?

Christa Peter: Das war zwar nicht immer so, aber im Grunde ist es richtig erkannt. Während meiner Schulzeit war ich etwas schüchtern. Im VEB Volltuch absolvierte ich eine Ausbildung zur Tuchmacherin, danach wurde ich an die Fachschule Forst delegiert. Dort machte ich den Abschluss als Textilingenieurin. Ich komme aus einem politisch aktiven Elternhaus, mich politisch zu engagieren war für mich deshalb völlig normal.

Zum 20. Jahrestag der FDJ 1966 wurde ich Mitglied der SED. Familiär hat es mich 1971 nach Forst verschlagen. Mit 23 Jahren wurde ich bereits Parteisekretärin im Bekleidungswerk Forst.

Die Kreispartei- und Bezirksparteischule haben mir geholfen, selbstbewusster zu werden und sicher zu argumentieren. Nach dieser „Karriere“ arbeitete ich als Redakteurin der Betriebszeitung der Forster Tuchfabrik, wechselte dann in die Abteilung Agit./Prop. der SED - Kreisleitung, verantwortlich für Agitation.

Nach meiner Rückkehr 1983 nach Luckenwalde arbeitete ich beim Amt für Arbeit und unterstützte die Abteilung Inneres, immer im Gespräch mit den Menschen. Mir war die Arbeit an der Basis sehr wichtig.

Marianne: Ein spannendes, bewegtes Leben. Immer nah bei den Menschen. Ist es das, was Dich fasziniert und Dich geprägt hat?

Christa Peter: Genau. Deshalb liegt mir die Arbeit bei der Volkssolidarität auch besonders am Herzen. Ehrenamtlich bin ich seit 1987 tätig. 1990 bekam ich das Angebot, hauptamtlich als Begegnungsstättenleiterin zu arbeiten - eine vielseitige, spannende



Christa Peter

und abwechslungsreiche Arbeit.

Vom Konzept über die Organisation bis zur Ausführung ganz unterschiedlicher Veranstaltungen, lag alles in meiner Hand. Hier konnte ich mein geerbtes Lebensmotto und das der Volkssolidarität verwirklichen.

Leider musste ich diese Arbeit aus gesundheitlichen Gründen 2007 aufgeben und helfe jetzt weiter ehrenamtlich.

Marianne: Wie wir Dich kennen suchst Du aber immer wieder neue Herausforderungen. Welche Aufgaben sind es jetzt?

Christa Peter: Ich bin 2010 in den Stadtverband der Linkspartei gewählt worden, bin dort mitverantwortlich für die Seniorenarbeit. Auch in dieser Tätigkeit kann ich mein Lebensmotto gut umsetzen und es macht mir Spaß. Außerdem verteile ich unsere Zeitung „LinksBlick“, helfe z. B. bei unserem Familienfest am 1. Mai und habe über mehrere Jahre zu den Salzflügel LINKEN die Verbindung aufgebaut und gehalten. Mehr erlaubt mir meine Gesundheit gegenwärtig leider nicht.

Marianne Richter: Möchtest Du uns zum Abschluss noch etwas mitgeben,

was Dir am Herzen liegt?

Christa Peter: Ja, gern. Ich fahre seit 1997 zum Pfingsttreffen der LINKEN in die Europäische Jugenderholungs- und Begegnungsstätte am Werbellinsee - das ist die ehemalige Pionierrepublik. Hier treffen sich Gleichgesinnte aus Ost und West.

Es ist ein Fest für die ganze Familie, mit Ferienlagercharakter, tollen Gesprächen und Aktivitäten und bezahlbar. Hier findet Ost-West-Annäherung im besten Sinne statt. Dieses Jahr habe ich erstmals ein paar Ferientage mit meiner Enkeltochter ganz privat dort verlebt.

Ich danke unserer Genossin Maritta Böttcher, dass sie mich beim ersten Mal dorthin mitgenommen hat. <

Immer auf die Kleinen . . .

Die von den Bundesbürgern gewählte schwarz-gelbe Mehrheit im Bundestag hat beschlossen: Erhöhung des Beitragssatzes der Krankenversicherung auf 15,5 % (+ 0,6%).

Davon tragen die gesetzlich Versicherten 8,2%, die Arbeitgeber 7,3%. Alle weiteren Erhöhungen bezahlen die Arbeitnehmer.

Ab 2012 tragen die Versicherten alle weiteren Kostensteigerungen, z. B. Zusatzbeiträge. Die Kassen legen diese selbst fest. Ein „Sozialausgleich“ ist für diejenigen vorgesehen, deren Zusatzbeiträge 2% ihres Einkommens übersteigen. Von einer „solidarischen Bürgerversicherung“ sind wir weit entfernt. Veränderungen für die Pflegeversicherung sind in Arbeit. Auf wessen Kosten wohl?

Mehr zu diesem Thema erscheint in unserer Januarausgabe.

Dank für fleißiges Tippeln

Am 18. November 2010 trafen sich auf Anregung unserer Genossin Angelika Linke ca. 30 Zeitungsverteiler aus verschiedenen Gebieten unseres Kreises zu einem gemütlichen Beisammensein in der Geschäftsstelle Ludwigsfelde.

Durch unsere Stellvertretende Kreisvorsitzende und Leiterin der Redaktionskommission des *LinksBlick*, Tina Senst, wurden alle Anwesenden ganz herzlich begrüßt. In ihrer kurzen Ansprache würdigte sie die ehrenamtliche Fleiß-Arbeit. Denn 1.700 Exemplare wollen in relativ kurzer Zeit an den Mann bzw. an die Frau gebracht werden.



Siegfried Günther aus Blankenfelde stellt sich vor

Bei der anschließenden Vorstellungsrunde lernten wir auch Sympathisanten kennen die unsere Zeitung verteilen. Gleichzeitig gab es auch Informationen zu verschiedenen Initiativen, die auch von den LINKEN unterstützt werden, z. B. „Zossen zeigt Gesicht“ oder den „Zug der Tagelöhner“.

Es war ein rundum gelungener Nachmittag mit großem Informationsaustausch untereinander und der Freude, „alte Genossen“ wiedergetroffen zu haben.

Ein großes Dankeschön an Angelika Linke für die Vorbereitung und Ausgestaltung.

Gabi Pluciniczak, Mitglied der Redaktionskommission

Zum Wandbild von Ronald Paris „Lob des Kommunismus“

Es war schon Anfang Oktober 2010, als der Rangsdorfer Künstler Ronald Paris sein 1969 geschaffenes Wandbild zum zweiten Mal in Berlin enthüllte.

Einst schmückte es einen Konferenzraum im Haus der Statistik. Nach der Wende war der erste Nachnutzer das Bundesamt für Statistik und zuletzt die Birthler-Behörde. Dort war die Wand mit einem Vorhang verdeckt.

Nun ist es in der Dauerausstellung des DDR-Museums in der Mitte Berlins für die Öffentlichkeit zu sehen. Es hat an Aktualität nicht verloren.

Viele kennen sicher Ronald Paris. Ich lernte ihn erst nach 1990 in Rangsdorf kennen und war beeindruckt von seinen Bildern und seiner Haltung. Wenn ein Künstler nur wenige Jahre nach dem schrecklichen II. Weltkrieg ein derartiges Wandbild gestaltet und sich von der Idee einer neuen, gerechten Gesellschaft inspirieren lässt, ist dies ein Zeichen einer Fülle von Ideen, wie die Zukunft einmal aussehen könnte.

Seine Wertung zu diesem Bild, zu der zweiten Enthüllung, zeigt doch, dass dieser Künstler zu seiner Arbeit, zu diesen Ideen steht, auch wenn er das Bild heute anders malen würde. Er will nicht, dass sein Bild politisch instrumentalisiert, es „nicht als Kuriosum in ein politisches Panoptikum implantiert wird.“ In einem ND-Interview sagt er, „diese Anmaßung heute, über gelebtes Leben zu richten und Zensuren zu verteilen, wer, wann und inwieweit Macht stabilisiert hat durch Engagement und Arrangements – diese Gebärde des Hochmuts ist nicht akzeptabel.“

Er spricht als Linker, als ein

Mensch, der erhobenen Hauptes auf das schaut, was er geschaffen hat und wofür er eingetreten ist.

Als politisch aufgeklärter und nicht der Propaganda unterliegender Mensch, so wie viele von uns, weiß er und wissen wir, dass der Kommunismus auch in der DDR noch eine Vision war.

Wenn man den tiefen Sinn des Wandbildes erfasst, kann man erkennen, dass in einer Gesellschaft, wo man nicht bis aufs Äußerste den tagtäglichen Stress einer immer größeren qualitativen und quantitativen Arbeitsanstrengung unterliegt, wo einmal mehr Zeit für kulturelle und sportliche Betätigung, für Erholung und für ein friedliches Leben gegeben ist, dass dann das gesellschaftliche Zusammenwirken anders und gerechter gestaltet werden kann. Und für diese Vision des humanitären kommunistischen Weltverständnisses steht Ronald Paris.

Kunst, so sagt er, ist immer auf der linken Seite und erinnert an große internationale Künstler, die sich gegen jeden Antihumanismus und Barbarei jeglicher Prägung gestellt haben.

Eine hohe Anerkennung war es für ihn, dass 12 seiner Schüler der Hochschule für Kunst und Design Halle „Burg Giebichenstein“, wo er in den 90er Jahren lehrte, ab Juni bis September 2010 Rangsdorf als Ort der Ausstellung ihrer Werke wählten, um damit ihren Lehrer zu ehren.

DIE LINKE. schätzt das Wirken von Ronald Paris als Künstler und politisch aufrechten Bürger, der sich unermüdlich für gesellschaftlichen Fortschritt und Frieden einsetzt. Die Wand war mit einem Vorhang verdeckt.

*Achim Reichardt,
Rangsdorf*

Gesundheit ist keine Ware

Martina Bunge in Blankenfelde

Die gesundheitspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Martina Bunge, ist unserer Einladung gefolgt, aus berufenem Munde den Beschluss des Bundestages zur Gesundheitsreform der schwarz-gelben Bundesregierung zu erläutern. Im gut gefüllten Saal der Grünen Passage in Blankenfelde wurde Martina Bunge von den Anwesenden herzlich empfangen.

Martina begrüßte ihrerseits die Anwesenden mit „Liebe Mitstreiterinnen und liebe Mitstreiter im Kampf gegen die unsozialen Pläne der Bundesregierung zur Änderung des gegenwärtigen Gesundheitswesens. Der vergangene Freitag, der 12.11.2010 war ein schwarzer Freitag für alle gesetzlich versicherten Bürgerinnen und Bürger. Mit der schwarz-gelben Mehrheit wurde das Gesetz zur Reformierung des Gesundheitswesens beschlossen. Damit wurde der Einstieg in die Kopfpauschale geschaffen und ein weiterer Schritt in Richtung der Privatisierung des Gesundheitswesens getan.“

Durch die Abschaffung der solidarischen Kostenteilung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind künftige Zusatzbeiträge allein durch die Versicherten zu tragen. Im Jahr 2011 mit Zusatzbeiträgen von zwei Prozent soll erst einmal die Bevölkerung beruhigt werden, denn das ist nicht viel und versprochen wird ja auch ein sozialer Ausgleich. 2020 werden die Zusatzbeiträge vermutlich aber bei 100 Euro monatlich liegen und der Sozialausgleich ist ein ungedeckter Scheck, weil so viele Steuermittel nie zur Verfügung stehen werden.

Schwarz-Gelb begründet dieses unsoziale Gesetz damit, dass das erwartete hohe Defizit für die nächsten Jahre dieses Gesetz unumgänglich

gemacht hätte. Die Union ist maßgeblich dafür verantwortlich, dass ein Defizit in der Gesetzlichen Krankenkasse entstehen konnte.

Die von ihr erlassenen Gesetze haben maßgeblich dazu beigetragen, die Einnahmen der Gesetzlichen Krankenkassen zu schmälern. Zu



verweisen ist auf die Ausweitung des Niedriglohnsektors, auf Kürzungen im Sozialbereich.

Der Umstieg in die Kopfpauschale hätte ganz rasch vermieden werden können, wenn das prognostizierte Milliardenloch der Krankenkassen durch sozial gerechte Sofortmaßnahmen gestopft worden wäre. Dazu gehört, die Quellen der Finanzierung weiter zu sichern und auf breite Schultern zu verteilen durch Einbeziehung aller Einkünfte, auch aus Kapitalverwertung, statt einer Senkung der Beitragsbemessungsgrenzen diese zu erhöhen.

Ebenfalls ist die paritätische Beitragszahlung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern beizubehalten.

Martina Bunge verwies darauf, dass die Opposition, DIE LINKE, die SPD und die Grünen geschlossen gegen den Gesetzentwurf gestimmt haben, aber bisher vonseiten der SPD und der Grünen keine gemeinsamen Maßnahmen mit der Linksfraktion zu erreichen sind.

In den anschließenden Fragen spiegelte sich einerseits das große Interesse an dem Thema Gesundheitsreform, aber auch Verunsicherung über die weitere Entwicklung auf diesem Gebiet wider, so zum Beispiel die Kostenerstattung, oder die angebotenen Vorauszahlungen beim Arzt, um schnellere Behandlung zu erhalten.

Martina Bunge warnte vor solchen Angeboten, denn sie zielen alle auf weitere Privatisierung und Entsolidarisierung hin. DIE LINKE wird in Zukunft weiter Druck ausüben, auch auf die SPD, um ihre soziale Ader wieder stärker zu zeigen. Wir werden daran arbeiten, dass die Menschen nicht vergessen, wie sehr die schwarz-gelbe Regierung einmal mehr gegen ihre Interessen gehandelt hat.

Egal ob bei Atomkraft, bei den Hoteliers oder nun bei der Kopfpauschale: Wir werden über die Folgen aufklären und klarmachen, dass es Schwarz-Gelb nur um ihre Klientel geht. Am 26.11.2010 bot sich am Brandenburger Tor die Gelegenheit auf der Demo unseren Protest sichtbar zu machen.

Mit einem herzlichen Beifall dankten die Anwesenden der Marina Bunge für die Ausführungen und Siegfried Günter überreichte ihr einen Blumenstrauß.

BO III Blankenfelde

Die vier „verlogenen Versprecher“ der Bundeskanzlerin

In allen Tageszeitungen wurde eine riesige Anzeige der Bundeskanzlerin geschaltet. So auch im ND (Ich hoffe, es ist dafür gutes Geld geflossen.). Helfen wird es der Schwarz-Gelben-Regierung wahrlich nicht, wenn denkende Bürger diese Anzeige verstehen. Betitelt ist die Anzeige mit „Vier Versprechen“. Es sind aber verlogene Versprechen. Dem in dieser Anzeige geschönten Foto der Kanzlerin müsste die Schamröte ins Gesicht stehen.

Erstes verlogenes Versprechen: Merkel will die Finanzen sichern. Sie will sparen, um für die Zukunft investieren zu können. Dafür hätten die Milliarden für die Geschenke an die Banken verwendet werden können. Stattdessen zahlen es die schwächsten der Gesellschaft. Die Finanzblasen werden wieder größer. Willkommen, nächste Finanzkrise!

Zweites verlogenes Versprechen: Die Bildungsrepublik wird nicht geschaffen, sondern unterm Strich wird für die Bildung nach dem Motto „rechte Tasche, linke Tasche“ sogar weniger ausgegeben. Die Zuschüsse für Kinder von Hartz-IV- Beziehern und Geringverdienern, sind es nicht wert, als eine wirkliche Hilfe bezeichnet. Für den Monat sind Zuschüsse für Nachhilfe, Freizeitaktivitäten in Höhe von zehn Euro vorgesehen. Wie weit kann ich mit diesem Betrag kommen?

Drittes verlogenes Versprechen: Für die Verlängerung der Atomkraftwerke werden den vier Multikonzerne („Viererbande“ von Eon, EnBW, Vattenfall und RWE) 100 Milliarden Reingewinn zugeschanzt. Die Entwicklung von erneuerbaren Energien wird massiv gebremst. Merkel verspricht, dass bis zum Jahre 2050 80 Prozent des Stroms aus erneuerbare Energie stammen soll. Mit einem früheren Ausstieg aus der Atomenergie wären diese Ziele wesentlich früher zu erreichen.

Viertes verlogenes Versprechen: Wenn die Kanzlerin das sogenannte neue Gesundheitssystem als Fortschritt darstellen will, dann nützen die Maßnahmen nicht den Kranken, sondern den Gesundheitslobbyisten. Die sozial Schwachen werden mehr zur Kasse gebeten. Es ist der Einstieg in die Kopfpauschale und stärkt die private Krankenversicherung, die Pharmaindustrie u. a., nur nicht die Kranken.

Ich hoffe, dass irgendwann eine Bundeskanzlerin oder ein Bundeskanzler folgende Anzeige schaltet: „Erstens: Es wurde erreicht, dass die Vorherrschaft der Banken gebrochen ist. Nunmehr bestimmen die Volksvertreter die Politik und nicht die Großbanken. Zweitens: Es ist in Deutschland erreicht, dass unabhängig vom Geldbeutel jedem Kind eine umfassende Bildung einschließlich

Studium und Berufsausbildung zuteil werden kann. Ganztagschulen und ein langes gemeinsames Lernen sind selbstverständlich. Drittens: Die Energieversorgung wird weitgehend aus erneuerbarer Energie gesichert. Der effiziente Verbrauch von Energien wird honoriert und nicht die über Mengenrabatt hohe Abnahme. Viertens: Im Gesundheitswesen wurde die Bürgerversicherung unter Einbeziehung aller Einkommen eingeführt. Starke Schultern stehen für die Schwachen ein. Das Solidarprinzip hat oberste Priorität.“

Diese verfassungskonforme Anzeige wäre aber nur möglich, wenn wahre demokratische Verhältnisse in Deutschland einziehen, wo der mündige Bürger alleiniger Gestalter der gesellschaftlichen Verhältnisse ist.

*Dr. Rudolf Haase,
Luckenwalde*

Herzliche Glückwünsche

*senden die Basisorganisationen und
Vorstände den Jubilaren, die in diesen Tagen Geburtstag feiern*

Helmut Scheibe in Niedergörsdorf zum 72. Geburtstag am 11.12.
Inge Krumpach in Mahlow zum 76. Geburtstag am 13.12.
Helga Mordhorst in Luckenwalde zum 88. Geburtstag am 14.12.
Martina Luedecke in Jüterbog zum 73. Geburtstag am 15.12.
Werner Finkewitz in Luckenwalde zum 89. Geburtstag am 15.12.
Heinz Köster in Blankenfelde zum 72. Geburtstag am 16.12.
Gerhard Krause in Großbeeren zum 88. Geburtstag am 22.12.
Erika Herrmann in Mahlow zum 92. Geburtstag am 28.12.
Dr. Fritz Lenk in Dahlewitz zum 79. Geburtstag am 28.12.
Irmgard Staffehl in Mahlow zum 77. Geburtstag am 29.12.
Hans-Joachim Steudte in Mahlow zum 76. Geburtstag am 02.01.11
Elli Bartel in Zossen zum 82. Geburtstag am 04.01.11
Johanna Schabehorn in Markendorf zum 97. Geburtstag am 05.01.11



*Zur Diamantenen Hochzeit
am 23. Dezember 2010
gratulieren wir herzlich
Ruth & Herbert Fiedler
in Luckenwalde.*

Termine

15.12.10 14.00 Uhr
Redaktion
Geschäftsstelle Luckenwalde

17.12.10 18.00 Uhr
Jahresabschluss der Kreistags-
fraktion und des Kreisvorstandes
DIE LINKE. Teltow-Fläming
Kulturquartier Jüterbog

20.12.10 19.00 Uhr
Kreisvorstand
Geschäftsstelle Luckenwalde

09.01.11
Gedenken für Karl und Rosa
Berlin-Friedrichsfelde

**Der Kreisvorstand
DIE LINKE.
Teltow-Fläming
wünscht allen
Genossinnen und
Genossen, allen
Freunden und Sympa-
thisanten, Bürgerin-
nen und Bürgern
ein besinnliches
Weihnachtsfest und
ein gutes neues Jahr.**

Parität

Was einst der alte Bismarck schuf,
und der stand wirklich nicht im Ruf,
ein Arbeitnehmerfreund zu sein,
doch Parität, die musste sein.

Sozialausgleich war für ihn wichtig,
er kannte reiche Leute richtig,
die nur nach Höchstprofitem streben,
dafür ein paar Almosen geben.

So kann kein guter Staat gedeih'n,
drum muss der Staat sozial auch sein.
Ein SPD-Kanzler hat den Start geregelt.
Parität wurde mit Pflegeversicherung ausgehebelt.

Dem Rösler war das nicht genug.
Er steigert weiter den Betrug.
Den Arbeitgeberanteil legt er fest,
Patienten zahlen nun den Rest.

Das macht die Pharma-Lobby heiter.
So steigen die Gewinne weiter.
Schwarz-Gelb behauptet „ausgewogen“.
So wird der kleine Mann betrogen.

Soll die Gesundheitssonne strahlen,
dann müssen alle dafür zahlen
und wessen Schultern stark und breit,
der sei zu mehr Last auch bereit.

Drum sag ich heut und sag es allen:
Lasst Euch das länger nicht gefallen.
Wer nur der Reichen Reichtum mehrt,
gehört vom Volk hinweggekehrt.

Rainer Weigt

IMPRESSUM

Geschäftsstellen: 14943 Luckenwalde, Zinnaer Str. 36, Tel: 0 3371/632267, Fax: 63 69 36,
14913 Jüterbog, Große Str. 62, Tel: 033 72/432691, Fax: 443033,
14974 Ludwigsfelde, A.-Tanneur-Str. 17, Tel: 03378/510653
Spendenkonto: 363 302 74 15,
BLZ: 160 500 00 bei der MBS Potsdam
Redaktionsschluss: 17. November 2010, der nächsten Ausgabe: 15. Dezember 2010

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers
übereinstimmen. Leserbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.

Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Teltow-Fläming,
V.i.S.d.P.: T. Senst, E-Mail: info@dielinke-teltow-flaeming.de

**Eintritt
frei!**
DIE LINKE.